



Ein Rückblick mit Ausblick auf den rot-grünen Wahlkampf

## Die rot-grüne Mehrheit ist ein Zukunftsprojekt

Im Interview blickt der grüne Regierungsrat Bernhard Pulver zurück auf seine erste Legislatur und sagt, warum es gerade in schwierigen Zeiten dringen nötig ist, dass es eine rot-grüne Regierung gibt, die mit Augenmass handelt. Interview mit Sabine Zaugg, Co-Geschäftsleiterin Grüne Kanton Bern

**Seit dreieinhalb Jahren bist Du Regierungsrat und Erziehungsdirektor. Die Regierungstätigkeit scheint Dir viel Freude zu bereiten.**

Die Arbeit macht mir Spass. Mir gefällt es, Probleme sachlich zu analysieren und möglichst optimal zu lösen, die Zukunft dieses Kantons beeinflussen zu dürfen und dazu beizutragen, bei den über 20'000 «MitarbeiterInnen» (Verwaltung, Lehrkräfte, Dozenten, Kulturschaffende) Motivation auszulösen. Es gibt natürlich auch eine Kehrseite: Der persönliche Einsatz ist sehr gross, es geht nicht selten an die eigene Leistungsgrenze.

**Die rot-grüne Regierung trat ihre Arbeit bedacht an und hat nicht alles Bestehende umgewälzt.**

**Welche sind die wichtigsten rot-grünen Highlights?** Unser Ziel war von Anfang an eine langfristige Politik. Die rot-grüne Mehrheit darf kein Strohfeuer sein! Wir haben in der Energiepolitik – u.a. mit der Energiestrategie und dem neuen Energiegesetz – die Weichen in Richtung Zukunft gestellt. Wir sind klar für den Atomausstieg, auch wenn es durch eine missverständliche Sprachregelung im Herbst einige Irritationen gab. In der Bildungspolitik haben wir mit dem Ausbau der Tagesschulen die Schule familienfreundlicher gemacht und mit Massnahmen im Berufsbildungsbereich mitgeholfen, die Lehrstellen-situation trotz Krise auf hohem Niveau zu halten.

Finanzpolitisch haben wir einen stabilen, zuverlässigen Kurs gefahren: Wir haben Schulden abgebaut und auch massvolle Steuersenkungen realisiert.

**Welche Rolle nimmst Du als Grüner im Regierungsrat ein?**

Ohne die Grünen gibt es keine rot-grüne Mehrheit. Ohne uns würden viele Dinge anders aussehen. Natürlich habe ich mit meinem Stil und meinen Anliegen einen wichtigen Einfluss. Es ist aber nicht so, dass wir dauernd abstimmen und ich immer das Zünglein an der Waage spielen würde. Eine Regierung arbeitet zum Glück vor allem sachorientiert. Da habe ich Einfluss.

**Mit der Teilrevision des Volksschulgesetzes konnten wichtige Anliegen wie der Ausbau des Tagesschulangebots und die Verankerung der Blockzeiten erreicht werden. Welches sind Deine wichtigsten bildungspolitischen Erfolge?**

Zentral war schon, dass ich in der Bildungspolitik Vertrauen schaffte und eine gewisse Beruhigung einleitete. Zuvor war das Verhältnis Lehrkräfte – Erziehungsdirektion sehr gespannt. So kann man keine Zukunft gestalten. Neben der Tagesschulvorlage waren die Lehrstellenkonferenzen und die ...

Fortsetzung auf Seite 2

## 2010 : quels enjeux pour le Jura bernois



Les élections bernoises sont toutes proches. Verts et socialistes du canton s'unissent et présentent Puissance 4, LE ticket gagnant à

l'exécutif. Dans le Jura bernois, la population se trouve de plus en plus confrontée à des problèmes de licenciements et de chômage, du fait d'une industrie des machines très touchée par la crise. Les jeunes peinent à s'imaginer un avenir et les communes peinent à unir leurs efforts pour surmonter leurs difficultés. Le risque est réel de voir notre région perdre son identité et reléguée au rang de cité dortoir. Pour éviter cela, nous avons besoin d'instances dirigeantes prêtes à s'investir pour résoudre ensemble nos problèmes de région périphérique. L'impensable devient alors indispensable : que nos alliés socialistes du Jura bernois cessent de se tirer dans les jambes pour une question jurassienne aujourd'hui dépassée.

*François Roquier, Les Verts du Jura bernois*

## Inhalt



**Seite 2**  
**Die rot-grüne Mehrheit ist ein Zukunftsprojekt**  
**Fortsetzung Interview**



**Seite 3**  
**Dem Energiegesetz die scharfen Zähne gezogen**



**Seite 5**  
**Grün wirkt – Grün wirkt weiter**



**Seite 7**  
**Au revoir Barbara – Willkommen Daphné**

## Vier gewinnt!



Erinnerst du dich noch? 2006 zogen wir Grüne mit Bernhard Pulver in den Regierungsrat ein. Mit Barbara Egger, Andreas Rickenbacher und Philippe Perrenoud wählten die

BernerInnen eine grün-rote Mehrheit. War das eine Sensation!

Im März 2010 wollen wir unsere Mehrheit verteidigen. Die rot-grüne Regierungsequipe hat gute Arbeit geleistet. Gleichwohl: Was 2006 eine Sensation war, ist 2010 noch lange keine Selbstverständlichkeit; wir werden uns den Erfolg hart erarbeiten müssen, umso mehr, als es keine vorgedruckten Wahllisten mehr gibt. Grüne und SP haben deshalb entschieden, eine gemeinsame Kampagne für die Regierungsratswahlen zu führen. Denn nur wenn rot auch grün und grün auch rot wählt, können wir den Sitz von Bernhard Pulver und die Regierungsmehrheit verteidigen. Für diese Kampagne sind wir auf breiten Support angewiesen – wir zählen auf dich!

*Blaise Kropf,  
Co-Präsident Grüne Kanton Bern*

## KantonalSpots

### ■ AKW-Mühleberg – auf keinen Fall!

Nach kurzer Verwirrung ist klar: Die rotgrünen Berner Regierungsmitglieder werden einen AKW-Neubau in jedem Fall bekämpfen. Damit entspricht die Position der Regierungsmehrheit der verlässlichen grünen Haltung: Nie wieder Atomkraftwerke. Die Grünen sind überzeugt, dass es auch aus wirtschaftlicher Sicht keine Gründe für ein neues AKW gibt. Vielmehr braucht es gerade jetzt Anstrengungen zur Förderung von erneuerbaren Energien. Damit werden nicht nur neue AKW verhindert und der CO<sub>2</sub>-Ausstoss gesenkt. Es werden auch Investitionen in der Region begünstigt, neue Arbeitsplätze geschaffen und die Wertschöpfung entsteht dabei in kleineren und mittleren Unternehmen im Inland. Die Grüne Initiative «Bern erneuerbar» zeigt den richtigen Weg in die erneuerbare Energiezukunft.

Das finden auch ganz viele Bürgerinnen und Bürger im Kanton Bern. In weniger als sechs Monaten wurden die notwendigen Unterschriften gesammelt. Am Freitag, 13. November 2009, reichen wir diese um 10 Uhr bei der Staatskanzlei in Bern ein. Alle sind herzlich zur Übergabe eingeladen.

Fortsetzung von Seite 1

## «Ich setze mich für eine menschliche Bildungspolitik ein»

... entsprechenden Massnahmen, aber auch die Gesetzesvorlage zur Vergrößerung der Autonomie der Hochschulen zentrale Dossiers. Letztere sollte noch im März in den Grossen Rat kommen. Schliesslich war mir auch die Personalpolitik ein wichtiges Anliegen. Hier habe ich – trotz Finanzknappheit – den Kurs verbessern können.

### Wie geht es weiter nach dem Abstimmungserfolg mit HarmoS?

Wie ich immer betonte, löst HarmoS in Bern kein Erdbeben aus. Wir werden in der nächsten Gesetzesrevision den zweijährigen Kindergarten flächendeckend einführen – natürlich mit den angekündigten flexiblen Lösungen. Gleichzeitig werden auf gesamtschweizerischer Ebene gemeinsame Kompetenzziele für das Ende des 2., 6. und 9. Schuljahres (Standards) und ein einheitlicher Lehrplan erarbeitet. Auch hier nehme ich Bedenken gegenüber zu starker «Standardisierung» der Schule ernst. Ich setze mich auf allen Ebenen für eine menschliche Bildungspolitik ein und versuche, übertriebenes ökonomisches Denken in der Schule einzudämmen.

### Zu Deinem Dossier gehört auch die Kulturpolitik. Die Höhepunkte hier?

Mir ist Kultur extrem wichtig. Produktivitätsfortschritte und Wirtschaftswachstum müssen doch dazu führen, dass wir uns in der gewonnenen Zeit vermehrt mit Sinnfragen, mit dem Menschsein

auseinandersetzen. Da ist Kultur zentral. Zuerst galt es, das Vertrauen des Grossen Rates und des Regierungsrats in die Kulturinstitutionen und die Kulturpolitik zu stärken. Das war meines Erachtens bitter nötig. Erst auf dieser Basis werden positive Weiterentwicklungen – z.B. Filmförderung oder beim Projekt «Bildung und Kultur» – möglich sein. Ich glaube, dieses Vertrauen habe ich mit der Kulturstrategie schaffen können, die vom Grossen Rat klar unterstützt wurde.

### Als Regierungsrat bist Du für das Gesamtwohl des Kantons verantwortlich. Die Wirtschaftskrise mit ihren einschneidenden sozialen und finanziellen Auswirkungen lässt Dich sicher nicht kalt.

Die Wirtschaftskrise beschäftigt uns sehr. Finanzpolitisch haben wir meines Erachtens weise reagiert, indem wir die nötigen Korrekturen angebracht haben, ohne beim Angebot prozyklisch zu stark einzuschränken.

### Das rot-grüne Regierungsteam bestreitet eine gemeinsame Wahlkampagne. Was hat Euch zu diesem Schritt bewogen?

Es ist entscheidend, dass alle vier rot-grünen Regierungsmitglieder wiedergewählt werden. Zahlreiche Projekte sind nur möglich dank dieser Mehrheit. Darum: 4 gewinnt: Alle vier auf die Liste schreiben!

### Zum Schluss ein kurzer Werbespot: Warum ist es zentral für den Kanton Bern, dass das rot-grüne Team wiedergewählt wird?

Gerade in der schwierigen Wirtschaftslage ist es dringend nötig, dass eine kompetente, rot-grüne Regierung mit Augenmass reagiert. Wir haben bewiesen, dass wir das können. Darüber hinaus stehen noch Projekte an, etwa in der Bildungs-, Familien- und Energiepolitik. Da braucht es die rot-grüne Mehrheit. Diese Mehrheit muss nachhaltig sein – sie ist vielmehr ein Zukunftsprojekt für dieses Land!



Bernhard Pulver möchte zahlreiche Projekte fortsetzen und tritt zur Wiederwahl an.

## Neues Energiegesetz im Kanton Bern

# Dem Energiegesetz die scharfen Zähne gezogen

**Während drei Tagen diskutierte die vorberatende Grossratskommission das neue Energiegesetz. Fazit: Erneuerbare Energien werden zu wenig gefördert. Die Initiative der Grünen «Bern erneuerbar» bleibt aktuell.**

Die Abstimmungen verliefen meist äusserst knapp. Federn lassen mussten Christoph Grimm und Rita Haudenschild schon beim 2. Artikel. Statt die Ziele der Energiestrategie ins verbindliche Gesetz zu nehmen, wonach gesamtkantonal 70% des Wärmebedarfs und 80% des Strombedarfs bis ins Jahr 2035 aus erneuerbaren Energien gedeckt werden müssen, steht neu: «Es bezweckt die Deckung des gesamtkantonalen Wärme- und Strombedarfs mit möglichst CO<sub>2</sub>-neutralen Energien». Die Hoffnung der Bürgerlichen, mit Atomenergie seien die künftigen Herausforderungen gelöst, stirbt also nicht. Dennoch sind einige wichtige grüne Anliegen auf Zustimmung gestossen:

- Gemeinden erhalten mehr Autonomie: Sie können Anforderungen an die Energienutzung festlegen und einen Nutzungsbonus bis zu 10% für besonders energieeffiziente Gebäude einführen.
- Der umstrittene Gebäudeenergieausweis wird zwar obligatorisch, aber nur für Wohnbauten, die vor 1990 gebaut wurden. Die Gebäude der schlechtesten Energieeffizienzklasse müssen innert 15 Jahren saniert werden.
- Neue elektrische Widerstandsheizungen dürfen nicht mehr installiert werden. Die Pflicht, die alten innert 10 Jahren zu ersetzen, wurde allerdings gestrichen.
- Unsere langjährige Forderung, die Abwärme von neuen oder geänderten Kraftwerken sei möglichst vollständig zu nutzen, wurde übernommen.



Musterbeispiel: Erneuerbare Windenergie vom Mont Soleil

### Förderabgabe nach grünem Modell?

Einschneidende Massnahmen wie die vorgeschlagene Lenkungsabgabe auf Strom hatten keine Chance. Die Kommission lehnte auch den Wegfall von Steuerabzügen für energetische Sanierungen ab. Mit dem eingesparten Geld hätten Gebäudesanierungen gefördert werden sollen. Auch das gehört zur Politik: Massnahmen beschliessen, aber für deren Umsetzung kein Geld zur Verfügung stellen.

Da sich dies abgezeichnet hatte, brachten wir eine neue Finanzierung ins Spiel, wie wir sie in der Vernehmlassung skizziert hatten: die Einführung einer kantonalen Förderabgabe. Diese wurde nur äusserst knapp abgelehnt. Bis zur ersten Lesung

im Grossrat wird geprüft, ob sie Bundesrecht widerspricht.

### «Bern erneuerbar» bleibt nötig

Im neuen Energiegesetz sind zwar wichtige Massnahmen festgehalten, um die Energie effizienter zu nutzen. Es sind aber kaum Bestimmungen zu finden, die eine konsequente Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien bewirken. Ein Ausstieg aus fossilen Energien und der Atomkraft ist auch mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf in weiter Ferne. Es braucht den Druck unserer Initiative «Bern erneuerbar». Bleiben wir dran!

*Rita Haudenschild, Grossrätin,  
Präsidentin Initiativkomitee «Bern erneuerbar»*

## Pour un Regio Tram durable à Bienne

Les autorités cantonales ont présenté, fin août, le projet de Regio Tram dans l'agglomération biennoise au groupe de suivi. Les Verts saluent la volonté de mener un processus participatif, condition impérative pour le succès de ce grand projet d'amélioration de l'offre des transports publics régionaux. Toutefois ils demandent que le tracé du nouveau tram respecte la mise en valeur récente des quartiers et la renaturation des cours d'eau.

### Six projets partiels

Le projet Regio-Tram consiste à prolonger jusqu'aux Champs-de-Boujean

le chemin de fer desservant Täuffelen et Anet. Ce nouveau tram régional dotera l'agglomération de Bienne d'un axe de transports publics qui reliera directement les quartiers résidentiels de la rive droite du lac aux places de travail, centres commerciaux et sites de loisirs de l'est de Bienne. Les travaux d'étude ont été engagés au printemps 2009. Le 26 août le groupe de suivi, composé de partis politiques, dont les Verts Bienne, guildes de quartier, sociétés locales et associations chargées de l'économie, des transports et de la protection de l'environnement a été informé du projet et du processus

de planification participatif. Des études préliminaires seront réalisées d'ici à la fin de l'année, de manière à clarifier des questions en suspens telles que le tracé. Outre la procédure formelle de participation des possibilités de participation supplémentaires pour la population devraient être créées pour certains projets partiels. Sur cette base un avant-projet sera élaboré d'ici à la fin 2010. Le chantier du nouveau tram devrait être lancé en 2015.

### Répondre aux défis

En 2006 les Verts Bienne ont déjà demandé dans leur document sur

la politique des transports d'évaluer un projet de tram reliant la gare aux Champs-de-Boujean. Or, le projet actuel suscite des craintes concernant la remise en question des efforts récents pour améliorer la qualité de l'habitat et pour promouvoir la mobilité douce. En outre la renaturation des bords de la Suze ne doit pas être sacrifiée au profit d'une réalisation précipitée et peu durable du Regio Tram.

*Urs Scheuss,  
président des Verts Bienne*

## Jugendarbeitslosigkeit

# Ein ungelöstes Problem

**Nach Schätzungen der Unia gibt es zurzeit 50-60'000 arbeitslose Jugendliche in der Schweiz. Damit sich dies ändert, braucht es sinnvolle Massnahmen. Das dritte Konjunkturpaket des Bundes spart jedoch gerade bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit.**

Die Arbeitslosenquote unter Jugendlichen beträgt 5.4%, laut der Unia sogar bis zu 10%. Obwohl alle Generationen von der Arbeitslosigkeit betroffen sind, ist es besonders wichtig, Massnahmen gegen die Jugendarbeitslosigkeit zu ergreifen. Denn schon die Lehrstellen sind knapp, was vielen Jungen gar nicht ermöglicht, eine Berufsausbildung zu machen. Dies ist aus sozialer und wirtschaftlicher Sicht sehr bedenklich. Deshalb muss der Bund in die Schaffung neuer Lehrstellen investieren. Dies wäre zum Beispiel durch die Förderung der Inlandproduktion und der erneuerbaren Energien möglich.

### Erschwerter Berufseinstieg

Berufserfahrung ist heute leider in vielen Firmen

ein wichtiges Kriterium bei der Einstellung. Aber wie sollen Lehr- und SchulabgängerInnen so den Einstieg in die Arbeitswelt schaffen? Es braucht ein Umdenken in den Betrieben, damit sie den Berufseinstieg von jungen Stellensuchenden fördern. Vor allem grosse Firmen könnten in diesem Bereich eine Vorbildfunktion übernehmen. Eine finanzielle Unterstützung solcher Unternehmen durch den Bund wäre ebenfalls denkbar.

### Krise trifft Junge stark

Natürlich gilt es, gerade in Zeiten einer Wirtschaftskrise einen Konkurrenzkampf zwischen den Generationen zu vermeiden. Von der Arbeitslosigkeit sind alle Altersgruppen betroffen. Das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) prognostiziert bis 2010 einen Zuwachs der gesamtschweizerischen Arbeitslosigkeit von 3.9% auf 5.5%. Rückblickend aufs letzte Jahr lässt sich aber feststellen, dass die Jugendarbeitslosigkeit um 75% angestiegen ist, währenddem die gesamte Arbeitslosigkeit um 61% zunahm. Die Jugend ist also besonders stark von der Wirtschaftskrise betroffen.

### Spartanisches Konjunkturpaket

Im kürzlich verabschiedeten dritten Konjunkturpaket wurden 52 Millionen Franken für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit vorgesehen. Die Gewerkschaften hatten jedoch Beträge im Milliardenbereich gefordert. Wichtige Themen wie die Lehrstellenförderung werden mit dem Konjunkturpaket nicht angegangen. Aber es wird gleichzeitig Geld bereitgestellt, um Jugendliche nach der Schulzeit länger im Militär zu behalten. Diese Massnahmen sind für Junge nicht zufriedenstellend.

### Lösungen sind gefragt

Wenn das Problem der Jugendarbeitslosigkeit gelöst werden soll, braucht es handfeste Lösungen. Nicht zuletzt ist etwas Solidarität zwischen den Generationen und von Seiten der Unternehmen gefragt. Das Ziel sollte es sein, einen nachhaltigen Arbeitsmarkt zu schaffen. Dies erfordert vielleicht auch eine Arbeitsteilung und somit Arbeitsreduktion des Einzelnen.

*Cyril Wendl, Vizepräsident junge grüne bern*



## junge grüne aktiv

### ■ Junge grüne in den Grossrat!

Die jungen grünen werden in der Stadt Bern mit einer eigenen Liste an den Grossratswahlen 2010 antreten. Dass die jungen grünen in den Grossrat wollen, hat gute Gründe. In der ganzen Schweiz haben die jungen grünen in den letzten Jahren grossen Zuwachs erlebt und engagieren sich mit viel Motivation und neuen Ideen in der Politik. So lancierten sie beispielsweise ihre eigene Landesinitiative für ein Verbot von Off-roader. Nun möchten die jungen grünen auch im Grossrat des Kantons Bern vertreten sein.

Einer der Kandidaten auf der Liste der jungen grünen Stadt Bern ist Pascal Nydegger. Er vertritt die jungen grünen im Vorstand der Grünen Kanton Bern und ist schon seit langem politisch aktiv. Der Gymnasiast will sich für mehr Ökologie einsetzen, aber vor allem will er, selbst 18-jährig, die Anliegen der Jungen authentisch vertreten. Im Wahlkampf möchten die jungen grünen die Wählenden überzeugen, dass es junge PolitikerInnen braucht. In den letzten 50 Jahren wurde unsere Welt stärker durch Menschen verändert

als je zuvor. Es liegt deshalb auch bei uns Jungen, auszudrücken, was uns in Zukunft wichtig ist. Wir wollen uns nicht nur ausserhalb der Parlamente dieses Landes für Umweltschutz, Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit einsetzen, sondern die Möglichkeit haben, direkt politisch mitzuwirken. Wir sind deshalb bereit, in den Wahlkampf zu starten und hoffen fest auf einen Sitz für die jungen grünen im Grossrat!

*Cyril Wendl, Vizepräsident junge grüne bern*

29. November 2009: Wahlen in Köniz

# Grün wirkt – Grün wirkt weiter

**Die politischen Kräfteverhältnisse in Köniz sind derzeit ausgeglichen und stabil. Im Parlament herrscht öfters eine Pattsituation zwischen den eher bürgerlichen und den eher linken Parteien. Doch bei den anstehenden Wahlen könnte Bewegung in das politische System kommen.**

Wenige Stimmen aus der EVP und der CVP geben jeweils den Ausschlag. Der Entscheid gegen eine Steuersenkung vor einem Jahr wurde beispielsweise durch den Stichentscheid des Parlamentspräsidenten gefällt. Ähnlich liegen die Kräfteverhältnisse im Gemeinderat: 2 FDP, 1 SVP, 1 EVP, 2 SP, 1 Grüne. Aber bei den nächsten Wahlen könnte das Könizer Politsystem in seinen Grundfesten erschüttert werden. Denn der Gemeinderat wird von 7 auf 5 Sitze verkleinert und es gibt nicht nur neue Koalitionen und Bündnisse, sondern auch neue Parteien. Die Bürgerlich-Demokratische Partei (BDP) und die grün-liberale Partei (GLP) werden erstmals an den Wahlen teilnehmen. Da sich die CVP nach rechts verabschiedet hat, stand die EVP in der Mitte alleine da. Sie hat in der GLP eine neue Partnerin gefunden und geht mit ihr für die Wahlen eine Unterlistenverbindung ein.

## Neues Bündnis

Es ist gelungen, die EVP, die GLP, die SP sowie uns Grüne für ein Mitte-Links-Bündnis namens «Plattform für eine nachhaltige Gemeindepolitik» (PNG) zu gewinnen. Eine gemeinsame Politik verfolgt die Plattform in den Bereichen familienergänzende Kinderbetreuung, dem öffentlichen Verkehr oder bei der energetischen Sanierung von Gemeindegebäuden. Aufgrund der Wählerstärken aus den letzten Wahlen gehen wir davon aus, dass die PNG mehr als 50% der Stimmen erreichen kann und damit die Chancen für 3 von 5 Gemeinderatsitzen intakt sind.

Mit Rita Haudenschild haben wir Grüne bereits heute eine ausgewiesene Vertreterin mit gutem Leistungsausweis im Gemeinderat. Sie hatte bisher ein Nebenamt inne. Unser Ziel ist es, ihren Sitz zu verteidigen und neu einen der 5 Sitze und damit ein Hauptamt zu besetzen. Damit streben wir also eine deutliche Steigerung an – und die Aussichten dazu sind realistisch.

Im 40-köpfigen Parlament sind die Grünen mit fünf Personen vertreten und haben Fraktionsstärke. Die grünen Parlamentarierinnen und Parlamentarier waren in der letzten Legislatur sehr aktiv. Viele Anliegen konnten erfolgreich eingebracht werden: Die Schaffung der Integrationsfachstelle, die Lancierung der Energiediskussion, die Energiestrategie, die Umsetzung der Naturlandschaft Köniztal, das Velonetz und zudem ist die Schaffung eines Klimafonds geplant. Deshalb auch unser Motto GRÜN WIRKT. Im Parlament streben wir ein bis zwei weitere Sitze an – damit Grün weiter wirkt.

*Hansueli Pestalozzi, Medienverantwortlicher und Vorstand Grüne Köniz*



Rita Haudenschild will weiterhin in Köniz grün wirken.

## LokalSpots

### ■ Nidau hat neu einen Grünen Gemeinderat

Die Grünen Nidau konnten ihre Wahlziele vollumfänglich erfüllen: Mit Florian Hitz zieht ihr Präsident vom Stadtrat neu in den Gemeinderat ein und im 30-köpfigen Parlament konnten sie ihre Mandate von zwei auf vier verdoppeln. Herzliche Gratulation, das ist ein grosser Erfolg! Das Bieler Tagblatt schrieb, dass die Grünen trotz politisch unerfahrenen Kandidierenden stark zulegen konnten. «Gerade die Tatsache, dass wir mit neuen und jungen Leuten antraten, hat viel zum Erfolg beigetragen», ist Präsident Florian Hitz überzeugt.

### Humorvolle Kampagne mit Kopfsalat

Zur Grünen Vertretung im Nidauer Stadtrat gehören die zwei Frauen Maja Büchel (Bisherige) und Marlis Gutermutz-Ettlin sowie zwei junge Männer Raphael Möckli (18 Jahre) und Steve Iseli (24 Jahre). Florian Hitz bezeichnet seine aktiven Mitglieder als «keine motivierte Gruppe» bestehend aus Personen mit unterschiedlichen

fachlichen Hintergründen. «Wir wollen einiges bewegen – im Stadt- und Gemeinderat – aber auch weiterhin auf der Strasse präsent sein.»

Die Grünen Nidau haben einen engagierten und ganz offensichtlich erfolgreichen Wahlkampf betrieben. Das Sammeln von Unterschriften für die Initiative «Bern erneuerbar» war dabei ein wesentliches Element gewesen. Auf dem Markt haben sie neben den obligaten Sonnenblumen auch Salatköpfe verteilt. Der Kopfsalat war das zentrale Sujet ihrer Kampagne (siehe Foto). «Wir wollten einen humorvollen Wahlkampf mit politischen Inhalten verbinden. Erstes ist uns gelungen, letzteres weniger, denn die Medien interessierten sich weder für unsere Wahlplattform, noch für unser Positionspapier zum Lebensraum in Nidau», so Florian Hitz.

Ein Wermutstropfen bleibt für die Grünen Nidau: Das Ziel der Rot-Grün-Mitte-Mehrheit konnte weder im Gemeinderat (4 FDP, 2 SP, 1 Grüne) noch im Stadtrat (9 SP, 4 Grüne, 2 EVP, 1 BDP, 3 PRR, 11 FDP) erreicht werden. Und die Gewinne der Grünen erfolgten auf Kosten der SP.



## Verfahren gegen Veröffentlichung von Kommissionsprotokollen

# Indiskretion oder Transparenz?

**Die Diskussionen im Parlament dienen auch dazu, der Öffentlichkeit die Entscheidungsprozesse transparent zu machen. Für die Entscheide essenziell sind die Kommissionen.**

Die Rollenteilung von Parlament und vorberatenden Kommissionen ist in der Stadt Bern in Gefahr. Das Untersuchungsrichteramt hat das Verfahren gegen die Berner Zeitung BZ wegen der Veröffentlichung von Auszügen aus Protokollen der Kommission für Soziales, Bildung und Kultur (SBK) eingestellt. Das Untersuchungsrichteramt hat entschieden, es überwiege das öffentliche Interesse an den publik gemachten Fakten gegenüber der Geheimhaltung von Bericht und Protokoll.

### Kommissionsarbeit gefährdet?

Für die Arbeit der vorberatenden Kommissionen im Stadtrat kann dieser Entscheid einschneidende Folgen haben. Da die InformantInnen, welche Internas oder Protokolle weitergeben, kaum zu eruiieren sind, öffnet dieser Entscheid Indiskretio-

nen Tür und Tor. Die Kommissionssitzungen drohen zu öffentlichen Probeveranstaltungen der Stadtratssitzungen zu werden, statt dass hinter verschlossenen Türen sachlich gestritten und nach tragfähigen Lösungen gesucht werden kann. Kommissionsmitglieder müssen jederzeit mit der Veröffentlichung von Protokollen oder Stimmverhältnissen rechnen und werden dementsprechend in den Kommissionen agieren. Die Lösungen müssen öffentlich sein – aber nicht der Weg dahin. So ist es auch im kantonalen Informationsgesetz und im Geschäftsreglement des Berner Stadtrats festgehalten.

### Vertraulichkeit versus Transparenz?

Dass die BZ das Einsteigen für die Vertraulichkeit von Kommissionssitzungen als «sich gegen Transparenz in Sachen Sozialhilfe» bezeichnet, zeigt, wie unterschiedlich das «öffentliche Interesse» interpretiert wird. Aber der GFL geht es nicht um den konkreten Fall. Vielmehr gibt es neben der berechtigten Forderung nach Transparenz ein

erhebliches öffentliches Interesse am guten Funktionieren der demokratischen, politischen Strukturen. Und dafür kämpft die GFL.

*Manuel C. Widmer,  
Stadtrat und Präsident GFL Stadt Bern*



## Schule der Vielfalt



In der Debatte über das neue Schulreglement wurde der Ruf nach Klarheit und einfacheren Strukturen laut. Bürgerliche und Mitteparteien fordern u.a. nur ein Ober-

stufenmodell für die ganze Stadt. Dies erstaunt: Denn als unter der grünen Erziehungsdirektorin Leni Robert 6/3 eingeführt wurde, sah man bewusst eine Vielfalt von Oberstufenmodellen vor. So konnte das integrative Twanner Modell erprobt werden: Hier werden die Kinder der Real- und Sekundarschule in einem Klassenzimmer möglichst individuell unterrichtet.

Das Modell Twann ist ein wertvolles Beispiel für integrativen Unterricht, der mit dem neuen Volksschulgesetz im ganzen Kanton angestrebt wird. Mit dem Ruf nach nur einem Oberstufenmodell ersticken wir innovative Schulen, gefährden Pioniertaten und erschweren die Entwicklung einer integrativen Schule, einem rotgrünen Ur-Anliegen.

*Corinne Schärer,  
Grossrätin Grüne*

## Investitionen gegen die Krise

# Ja zum Budget



Mitten in der Wirtschaftskrise prallen beim städtischen Budget finanzpolitische Rezepte aufeinander. Die bürgerlichen Parteien propagieren Steuersenkungen mit Sozialabbau in der Grössenordnung von 11 bzw. 33 Millionen. Die rot-grüne Mehrheit investiert in Alterspflege und Spitex, in ÖV, Kinderbetreuung und baut gleichzeitig alte Schuldenberge ab.

### Investitionen sichern nachhaltig Arbeitsplätze

Die Stadt Bern soll sich in der Wirtschaftskrise antizyklisch verhalten. D.h. sie investiert in die Erneuerung von Infrastrukturen. Mit knapp einer halben Milliarde Investitionen leistet die Stadt Bern (inkl. Anstalten) einen wichtigen Beitrag für die Sicherung von Arbeitsplätzen in der Berner Wirtschaft. Besonders wichtig ist das neue Gebäudesanierungsprogramm, das den Energieverbrauch senkt. Hier investiert die Stadt Bern in nachhaltige Arbeitsplätze und nützt dem Klima.

### Erfolge für Umwelt und Jugendliche dank GB

In der Stadtratsdebatte standen 180 (mehrheitlich) Sparanträge zur Diskussion. Die SVP, teils mit Unterstützung der FDP, forderte einen Kahlschlag in den Bereichen Umweltschutz, Jugendförderung, Kultur, Gleichstellung, soziale Unterstützung, etc. Trotz stundenlangen Monologen wurden diese Abbauanträge abgelehnt. Dafür hat das Parlament zwei wichtige Anträge des Grünen Bündnis ange-

nommen. So wird ein Pool mit Praktikumsstellen für arbeitslose Lehr- und StudienabgängerInnen geschaffen, was BerufseinsteigerInnen Perspektiven gibt. Zudem kann Bern endlich autofreie Sonntage durchführen, da die notwendigen Ressourcen im Amt für Umweltschutz aufgestockt wurden. Leider äusserst knapp (31:30 Stimmen) wurde ein gb-Antrag für mehr Betreuungsqualität in den Kindertagesbetreuung abgelehnt. Der Berner Stadtrat empfiehlt den Stimmberechtigten mit 37:16 Stimmen ein ausgeglichenes Budget – bei unverändertem Steuersatz – zur Annahme. Ein klares Zeichen der Vernunft in wirtschaftlich schwierigen Zeiten.

*Natalie Imboden,  
Präsidentin Grünes Bündnis, Stadträtin*



## Wechsel an der Parteispitze der Grünen Kanton Bern

# Au revoir Barbara – willkommen Daphné

**Nach drei Jahren intensivem Engagement an der grünen Parteispitze hat Barbara Schwickert ihren Rücktritt als Co-Präsidentin erklärt. Als Nachfolgerin schlägt der Vorstand der Delegiertenversammlung die Bieler Stadträtin und Geographin Daphné Rüfenacht vor.**

Barbara Schwickert wurde im November 2006 gemeinsam mit Blaise Kropf ins Co-Präsidium der

Grünen Kanton Bern gewählt. Seither hat Barbara vollen Einsatz für die Grünen gegeben. In der fragilen Anfangsphase der jungen Partei trug sie mit ihrem motivierenden Auftreten viel zur Vertrauensbildung bei. Ein Jahr später führte Barbara die Grünen mit Begeisterung in die Nationalratswahlen; als Lohn resultierte der angestrebte Mandatsgewinn. 2008 stand Barbara für die Lancierung der Initiative «Bern erneuerbar» ein. Der Erfolg gab ihr Recht.

### Wahl in Bieler Gemeinderat

Vor einem Jahr wurde Barbara in den vollamtlichen Gemeinderat der Stadt Biel gewählt. Angesichts der zeitlichen Belastung durch dieses Amt hat sich Barbara nun entschieden, als Co-Präsidentin zurückzutreten. Der Vorstand dankt Barbara ganz herzlich für ihre grosse Arbeit.

### Daphné Rüfenacht vorgeschlagen

Der Vorstand hat sich intensiv mit der Nachfolgeregelung beschäftigt. Er schlägt der Delegiertenversammlung vor, die Parteileitung künftig durch ein Präsidium und ein Vizepräsidium zu besetzen; als Präsident schlägt er den bisherigen Co-Präsidenten Blaise Kropf und als Vizepräsidentin Daphné Rüfenacht vor.

### Starke Umweltpolitikerin

Daphné Rüfenacht (1978), perfekte Bilingue französischer Muttersprache, ist Geographin und gehört seit 2005 dem Bieler Stadtrat an. 2008 vertrat Daphné Urs Scheuss vorübergehend im kantonalen Vorstand. Daphné ist eine starke Umwelt- und Planungspolitikerin. Der Vorstand ist überzeugt, der Delegiertenversammlung vom 10. November mit Daphné eine kompetente und engagierte Nachfolgerin vorzuschlagen.

*Vorstand Grüne Kanton Bern*



Daphné Rüfenacht soll die Nachfolge von Barbara Schwickert antreten.

## Termine

- 11.11.2009: «Ist Gleichstellung finanzierbar?», Veranstaltung von Frau & Politik, Vatter, Bern, 19.00–21.00 Uhr, Inputreferate und Diskussion, anschliessend Apéro
- 25.11.2009: Mitgliederversammlung Grüne Wohlen, Thema Ortsplanung, 19.30 Uhr Kipperhaus, Hinterkappelen
- 29.11.2009: Grüne Wohlen, Feier Gemeinderatswahlen
- 30.11.2009: «Künftige Finanzierung der Sozialhilfe: Droht ein Sozialabbau im Kanton Bern?», Veranstaltung des GB Stadt Bern, avenir social, vpod Region Bern, IKAS. Ort: Hotel Bern, Zeughausgasse 9, Bern, 19.30 Uhr
- 27.2.2010: Besichtigung Solaranlage und Solarcenter Muntwyler in Zollikofen, 10.00–10.30 Uhr, weitere Infos: [www.gfl-zollikofen.ch](http://www.gfl-zollikofen.ch)

### Impressum

Redaktion: Sabine Zaugg, Simon Röthlisberger  
 Layout: TransForm  
 Foto: Herbert Schweizer (Seite 1), Adrian Moser (Seite 2), IRAS (Seite 8)  
 Druck: Schlaefli & Maurer AG, Interlaken  
 Auflage: 6500  
 Redaktionsschluss Nr. 14: 15.1.2010

## Aktiv

### ■ 7. Seeländer Umweltpreis

Der 7. Umweltpreis der Grünen Seeland gewinnt Stephan Fahrni aus Lyss für sein renoviertes Haus mit Jahrgang 1937. In mehreren Etappen sanierte er das Haus wärmetechnisch so, dass 75 Prozent der ursprünglich verbrauchten Energie eingespart werden. Stephan Fahrni und seine Familie beweisen mit ihrem umgebauten Haus, dass die von den Grünen eingereichte Initiative «Bern erneuerbar» umsetzbar ist. Seit dem Einzug 1990 ist es Fahrnis ein Anliegen, weniger Energie zu verbrauchen. 1998 beschliessen sie «öl-frei» zu werden. Obwohl sie keine Fördergelder erhalten, installieren sie Sonnenkollektoren, Wasserspeicher und sanieren Fassade und Dach nach Minergie Neubau-Standard.

### ■ Korrigendum

Im letzten «bewegt» wurde ein Beitrag der Grünen Seeland von Silvia Lüthi zur Sanierung des Hagneckkanals abgedruckt. Der Hagneckkanal ist nicht das einzige naturnahe Gebiet im Grossen Moos, sondern ist als einziges naturnäheres Element in der intensiv genutzten Fläche des Grossen Moores erhalten geblieben.

### ■ «4 gewinnt» beitreten

Das Team «Vier gewinnt» ist nominiert für die Regierungsratswahlen. Unterstütze Bernhard Pulver, Barbara Egger, Philippe Perrenoud und Andreas Rickenbacher mit Deinem Beitritt ins Komitee und mit einer Spende: [www.4-gewinnt.ch](http://www.4-gewinnt.ch) und [www.puissance-4.ch](http://www.puissance-4.ch)



Abstimmung vom 29. November 2009: Nein zur Minarettinitiative

# Jeder Religion ihren Turm

**Die Volksinitiative «Gegen den Bau von Minaretten» will ein Bauverbot für Minarette in der Bundesverfassung. Rechtsstaatlichkeit und die Integration von Musliminnen und Muslimen stehen auf dem Spiel.**

Aus rechtlicher Perspektive ist die Sache eindeutig: Die Initiative schränkt die in der Bundesverfassung garantierte Glaubens- und Gewissensfreiheit ein, verstösst gegen die Europäische Menschenrechtskonvention und gegen den UNO-Pakt II. Die Initiative suggeriert die Sicherung des Rechtsstaates und beschneidet gleichzeitig die für alle geltenden Grundrechte. Die Religionsfreiheit umfasst nicht nur die absolute Freiheit des Individuums zu glauben, sondern auch religiöse Überzeugungen öffentlich auszudrücken und zu leben.

## Integrative Orte

Religionsgemeinschaften sind einerseits Orte, wo Glaube gelebt wird. Andererseits sind sie ebenso Migranten-Selbstorganisationen. Als solche können sie wesentlich zur Integration ihrer Mitglieder beitragen: Zugewanderte erfahren dort Gemein-

schaft, knüpfen Kontakte zu Landsleuten, die schon längere Zeit hier leben. Solche Netzwerke sind essentiell, um das Leben in der Fremde zu organisieren und beispielsweise eine Arbeit oder eine Wohnung zu finden.

Religionsgemeinschaften von Zugewanderten haben deshalb einen gesamtgesellschaftlichen Nutzen. Zur Stärkung dieser integrativen Funktion müsste der rechtliche Schutz der islamischen Gemeinschaften erweitert werden. Richtig sind deshalb derzeit laufende Bestrebungen im Kanton Luzern, auch nicht-christliche Religionsgemeinschaften als Landeskirchen anzuerkennen. Deren zivilgesellschaftliche Einbettung würde durch diesen Rechtsstatus gestärkt. Zudem würde eine Professionalisierung der Arbeit dank Kirchensteuereinnahmen ermöglicht.

Die Minarettinitiative zielt hingegen komplett in die Gegenrichtung: Anstatt der Integration fördert sie den Ausschluss von muslimischen Gemeinschaften. Ihr Hinterhofdasein wird verstärkt.

*Simon Röthlisberger, Ethnologe*

## Gewaltexport



Das in der Schweiz produzierte und ins Ausland exportierte Kriegsmaterial macht rund 0.1% der gesamten Schweizer Wertschöpfung aus. Trotzdem wollen uns die Rüstungs-

industrie und die bürgerlichen Parteien weismachen, dass Tausende von Arbeitsplätzen durch die Initiative «für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten» gefährdet sind und wirbeln mit grossem Geschütze die Nein-Trommel. Wenn täglich weltweit 1000 unschuldige Todesopfer von Kleinwaffen zu beklagen sind, verkommen die typischen Schweizer Begriffe Neutralität und humanitäre Tradition zu einer Farce! Die schwierige Wirtschaftslage und die hohe Arbeitslosenquote sind keine hinreichenden Argumente gegen die Initiative: Die betroffenen Unternehmen und Regionen werden in den nächsten zehn Jahren durch den Bund zur Umstellung oder Schaffung von neuen Arbeitsbereichen unterstützt. Aus humanitären und ethischen Gründen braucht es ein klares JA zur Initiative.

Weitere Informationen [www.kriegsmaterial.ch](http://www.kriegsmaterial.ch)

*Maria E. Iannino Gerber, Grossrätin*



**bewegt**

AZB, 3000 Bern 1

Grüne Kanton Bern  
Mombijoustrasse 61  
Postfach 1066  
3000 Bern 23  
031 311 87 01  
sekretariat@gruenebern.ch  
Adressänderungen bitte nicht melden

Ich interessiere mich für Grüne Politik.  
Bitte nehmt mit mir Kontakt auf.

E-mail

Ich möchte Mitglied werden

Unterschrift

## Parolen

### ■ National

2008 hat die Schweiz Waffen im Wert von 722 Millionen Franken in 72 verschiedene Länder exportiert - so viel wie noch nie. Die Schweiz hat Besseres zu exportieren. Darum sagen die Delegierten einstimmig JA zur Volksinitiative «Für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten».

Ein einstimmiges NEIN gibt es zur Volksinitiative «Gegen den Bau von Minaretten». Die Schweiz ist ein Land, das mit seiner sprachlichen, kulturellen und religiösen Vielfalt seinen inneren Zusammenhalt bewahrt hat. Die Religionsfreiheit ist in der schweizerischen Verfassung verankert, sie darf nicht an der Urne abgeschafft werden.

Die NEIN-Parole gilt auch für den Bundesbeschluss zur Schaffung einer Spezialfinanzierung für Aufgaben im Luftverkehr.

### ■ Kantonal

Die Grünen Kanton Bern unterstützen die Änderung in der Kantonsverfassung, welche das Stimm- und Wahlrechtsalter 16 auf Kantons- und Gemeindeebene ermöglichen will.

### ■ Stadt Bern

Das Grüne Bündnis der Stadt Bern hat die JA-Parole beschlossen zur Abstimmung über das Produktegruppen-Budget 2010 der Stadt Bern. Die Grüne Freie Liste Stadt Bern hat an der Mitgliederversammlung vom 27. Oktober (nach Redaktionsschluss) die Parole gefasst.